

## Am Ende von Flucht und Massenvertreibung, Teil II:

### Die „Sondertransporte“ aus dem Königsberger/Kaliningrader Gebiet 1947/48 in die SBZ

Bärbel Gafert

Zum Thema „Flucht und Vertreibung“ erschien in der letzten Nummer dieser Zeitschrift ein Artikel über „Sondertransporte“ ab 1947/48.<sup>1</sup> Es ging darin um Transporte mit deutschen Kindern und Bergleuten, die nach den vorangehenden Massenvertreibungen in den polnischen und tschechischen Vertreibungsgebieten zurückgehalten worden waren, ins verbliebene Territorium Deutschlands. Im folgenden wird über einen weiteren „Sondertransport“ berichtet: die Zwangsaussiedlung von rund 100 000 Deutschen aus dem sowjetisch annektierten nördlichen Teil Ostpreußens (Königsberger bzw. Kaliningrader Gebiet) in die sowjetische Besatzungszone (SBZ).<sup>2</sup> Diese Aussiedlungsaktionen erfolgten im Vergleich zu anderen Vertreibungsgebieten relativ spät und wurden dann überraschend schnell umgesetzt. Die Darstellung gliedert sich in fünf Punkte, die sich jeweils auf die verschiedenen „Aussiedlungsaktionen“ beziehen. Die NS- und Kriegszeit in Ostpreußen wird hier nur kurz thematisiert, ebenso der sowjetische Gebietsanspruch und die allmähliche Sowjetisierung.<sup>3</sup>

Die Forschungslage zur Entwicklung in dem jahrzehntelang abgeschotteten Kaliningrader Gebiet hat sich seit den 1990er Jahren durch die Erschließung sowjetischer Quellen verbessert.<sup>4</sup> Inzwischen sind auch zahlreiche Berichte von Zeitzeugen über ihre Erfahrungen im sowjetisch besetzten Königsberg erschienen.<sup>5</sup>

- 1 Gafert, Bärbel: Am Ende von Flucht und Massenvertreibung – die „Sondertransporte“ ab 1947/48. Teil I: Transporte mit Kindern und Bergleuten, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 28/2010, S. 55–74, hier S. 58 f.
- 2 Quellen und Literatur: ZVU-Archiv im Bundesarchiv Berlin (BArch DO2); Schieder, Theodor u. a. (Hrsg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, 5 Bde., Nachdruck der Ausgabe von 1960, München 1984, Bd. I,1 und I,2 (Ostdokumentation); Beckherrn, Eberhard/Dubatow, Alexander: Die geheimen Königsberg-Papiere. München 1994. Sekundärliteratur: Brodersen, Per: Die Stadt im Westen: Wie Königsberg Kaliningrad wurde. Göttingen 2008; Hoppe, Bert: Auf den Trümmern von Königsberg: Kaliningrad 1946–1970. München 2000; Kibelka, Ruth (Leiserowiz): Ostpreußens Schicksalsjahre 1944–1948. Berlin 2004; dies.: Von Ostpreußen nach Kyritz. Wolfskinder auf dem Weg nach Brandenburg. Berlin 2003 (Text im Internet); dies.: Wolfskinder – Grenzgänger an der Memel, (1993) 4. erw. Auflage. Berlin 2004; Brandes, Detlef/Sundhausen, Holm/Troebst, Stefan (Hrsg.): Lexikon der Vertreibungen. Wien/Köln/Weimar 2010.
- 3 Vgl. dazu: Bergau, Martin: Todesmarsch zur Bernsteinküste. Heidelberg 2006; Blitz, Maria: Endzeit in Ostpreußen. Ein beschwiegenes Kapitel des Holocaust, hrsg. von Uwe Neumärker. Berlin 2009; Wieck, Michael: Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein „Geltungsjude“ berichtet. 5. Auflage. 1993 sowie das erste bedeutende Interview-Projekt mit sowjetischen Neusiedlern: Mathes, Eckhardt (Hrsg.): Als Russe in Ostpreußen. Sowjetische Umsiedler über ihren Neubeginn in Königsberg/Kaliningrad nach 1945 (Aus dem Russischen von Arne Ackermann). Ostfildern 1999, 2. Auflage, Bietigheim-Bissingen 2002; Brodersen: Die Stadt im Westen, mit Hinweisen auf weitere russische Untersuchungen.
- 4 Gleichwohl bleibt die Erforschung eher marginal. Mathes spricht von einem „Desideratum“. Vgl. Mathes, Eckhardt: Späte Opfer. Zur Aussiedlung der Deutschen aus dem Gebiet Kaliningrad 1947–1948, in: Deutschland Archiv 5/2007, S. 840–847. Kurz danach erschien die quellenreiche Studie von Brodersen: Die Stadt im Westen.
- 5 Zum Beispiel: Ewert, Erna/Pollmann, Marga/Müller, Hannelore: Frauen in Königsberg 1945–1948, 6. Auflage. Bonn 2006; Wieck, Michael: Zeugnis vom Untergang Königsbergs; Zeitzeugenberichte von ehemaligen Königsberger/innen (2001 bis 2003) Privataarchiv BG.

Der sowjetische Anspruch auf Königsberg als „Hochburg des deutschen Militarismus und Faschismus“ reicht mindestens bis 1943 zurück. Es handelte sich, soweit erkennbar, um eine reine Machtfrage und den Griff nach territorialer Kriegsbeute. Ein sowjetisches Konzept für die Zukunft des Gebietes gab es lange nicht. Die Zustimmung der westlichen Alliierten zu dieser Gebietsforderung erhielt Stalin unter den damaligen Kriegsbedingungen bereits Ende 1943 in Teheran; sie wurde 1945 in Jalta und Potsdam nochmals bestärkt. Als Rechtfertigung diente die Forderung der UdSSR nach einem eisfreien Hafen.<sup>6</sup> Die Behauptung, es handle sich um „urslawisches“ Land, mit der der Gebietsanspruch historisch legitimiert werden sollte, wurde bereits Anfang der 1950er Jahre fallengelassen.<sup>7</sup> Die im nördlichen Ostpreußen verbliebenen und bald eingeschlossenen Deutschen wurden im Potsdamer Abschlußprotokoll nicht erwähnt. Die Gründe dafür – Unkenntnis der Westalliierten oder Stalins Absicht – sind bis heute unklar.

Stalin hatte damals mehrfach behauptet, daß es in den von sowjetischer Seite wie auch den vom polnischen „Lubliner Komitee“<sup>8</sup> beanspruchten deutschen Gebieten keine Deutschen mehr gebe. Damit sollte den Alliierten die Zustimmung „erleichtert“ werden. Anders als im Fall der deutschen Ostgebiete, die in Potsdam provisorisch unter polnische Verwaltung gestellt wurden, sicherten die Westmächte zu, den sowjetischen Gebietsanspruch auf das Königsberger Gebiet auch bei der geplanten Friedenskonferenz, auf der die endgültigen Grenzen festgelegt werden sollten, zu unterstützen.

Auf Vorschlag der Sowjetregierung sollte „derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg-Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen [...] Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt.“ Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.<sup>9</sup>

Eine Prüfung des Grenzverlaufs fand nicht statt. Bereits zu Beginn der Potsdamer Konferenz hatten sowjetische Grenztruppen die von ihnen gewünschte Grenze markiert und gesichert. Zwei Wochen nach der Konferenz, am 16. August, folgte ein Grenzabkommen mit der Warschauer Regierung. Zeitzeugen nannten die neue, bald abgeriegelte Grenze quer durch Ostpreußen „Stalins Schwert“.

Die alte ostpreußische Hauptstadt Königsberg war im Mittelalter offene Hansestadt. Sie war Universitätsstadt und die Stadt Immanuel Kants, E. T. A. Hoffmanns, Hannah Arendts. Mitte des letzten Jahrhunderts wurde sie „aus der europäischen Hochzivilisation zurückgebombt [...] in die Barbarei“. Die östlichste deutsche Großstadt (1939:

6 Churchill in seiner Unterhausrede am 14. 8. 1945 und Truman, als er in den USA die Zustimmung der US-Delegation zur Abtrennung Ostpreußens in Potsdam erklären mußte, übernahmen das Argument Stalins. Die erneute sowjetische Annexion der baltischen Staaten inklusive des Memellandes wurde weder in Potsdam noch danach seitens der Westalliierten erwähnt.

7 Im Gegensatz dazu wurde die historische Legitimation der volkspolnischen Ansprüche auf die ehemaligen ostdeutschen Gebieten mindestens bis zum Zusammenbruch des Sowjetsystems aufrecht erhalten.

8 Komitee polnischer Kommunisten, im Juli 1944 unter Protektion Stalins als Gegenregierung zu der Londoner Exilregierung gegründet und im Januar 1945 als „Provisorische Regierung“ in Warschau installiert.

9 Abschlußprotokoll der Potsdamer Konferenz vom 2. 8. 1945, Art. VI, Text im Internet.

140 000 Einwohner) „erlag dem Mob des [Gauleiters] Erich Koch [...] und war dem Wüten einer Armee ausgesetzt, die Hitler schlug. [Die Stadt] erlebte die Deportationen nach Theresienstadt und die nach Workuta [...]“. <sup>10</sup> Im August 1944 zerstörten britische Luftangriffe fast die ganze Innenstadt. Die unbefestigte Stadt wurde, wie fast alle größeren östlichen Städte, durch einen „Führerbefehl“ Hitlers zur Festung erklärt und fast völlig zertrümmert. Nach der Kapitulation folgten für die verbliebene Stadtbevölkerung – etwa 70 000 Zivilisten – die Schrecken der ersten Besatzungszeit: Raubmord, Erschießungen, Plünderungen, Massen- und Mehrfachvergewaltigungen. Sie dauerten im nördlichen Ostpreußen besonders lange an. Auch Teile der gefürchteten Infanterie blieben hier stationiert. <sup>11</sup>

Das gesamte nördliche Ostpreußen (Königsberger Gebiet) hatte vor dem Krieg rund 1,3 Millionen Einwohner, nach Kriegsende waren nur etwa 10 bis 15 Prozent verblieben. Schätzungsweise waren es 135 000 bis 250 000 Menschen. <sup>12</sup> Nach den Hungerwintern 1945/46 und 1946/47 sollen es nur noch halb so viele gewesen sein. Bereits kurz nach der Eroberung durch die Rote Armee waren von NKWD-Kommandos 44 000 Deutsche in sowjetische Arbeitslager deportiert worden, <sup>13</sup> darunter etwa zwei Drittel Frauen. In dem eingeschlossenen, lange wirtschaftlich und politisch vernachlässigten Gebiet fanden noch bis Ende der 1940er Jahre Demontagen und Plünderungen statt. Unter den verbliebenen Deutschen grassierten Hunger, Typhus, Selbstmord und der Tod.

Die unmittelbare Nachkriegssituation im nördlichen Ostpreußen unterschied sich von der in den anderen Vertreibungsgebieten in weiteren wesentlichen Aspekten:

Die spätstalinistische sowjetische Bürokratie war ideologisch und machtpolitisch geprägt, aber kaum nationalistisch. Die schließliche Zwangsaussiedlung auch aus dem Kaliningrader Gebiet war jedoch keine „ethnische Säuberung“ wie in der Tschechoslowakei und in Polen, die mit einer radikalen „Entdeutschung“ einherging. <sup>14</sup> Von 1945 bis 1947 war im Königsberger Gebiet die deutsche Sprache nicht verboten. Von der sowjetischen Zivilverwaltung wurden sogar über zwanzig deutsche Kinderheime und Schulen eingerichtet. Pfarrer konnten bei ihren Gemeinden bleiben und taufte mitunter sogar Kinder sowjetischer Neusiedler. Die sowjetischen Arbeiter wurden zumeist gleich schlecht bezahlt wie die deutschen. Die „Spezialisten“ (sowjetische Bezeichnung für Fachkräfte) wurden gleich gut entlohnt. Auch die sowjetischen Neusiedler, die aus verschiedensten Gebieten der UdSSR kamen, waren nicht nationalistisch eingestellt, eher gleichgültig, mitunter auch freundlich den Deutschen gegenüber. <sup>15</sup> Auch viele der Zuwanderer hungerten und blieben arm. Aus diesen Gründen wanderten damals viele aus dem unwirtschaftlichen Gebiet wieder ab.

10 Schlögel, Karl: *Go East oder die zweite Entdeckung des Ostens*. Berlin 1995, S. 74 und 79.

11 Zeidler, Manfred: *Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45*. München 1996, S. 70 ff., 204.

12 Die meisten Zahlenangaben sind nachträgliche Schätzungen, die teils stark differieren. In der Ostdokumentation werden 250 000 Verbliebene angegeben, Brodersen schätzt 135 000; Kibelka 145 000 Personen. Vgl. dies. in: *Lexikon der Vertreibungen*, S. 495. Genauer anzugeben ist die Zahl der 1947/48 und 1951 Zwangsausgesiedelten: 104 575 laut SBZ-Statistik. Die russischen Angaben liegen etwas höher.

13 Vgl. *Lexikon der Vertreibungen*, S. 495.

14 Damals verantwortliche Politiker wie Beneš, Gottwald, Gomułka und Bierut propagierten die Thesen vom „homogenen Nationalstaat“ und deutscher Kollektivschuld. Bekanntlich verzichtete Stalin aus machtpolitischen Gründen auf Kollektivschuldvorwürfe.

15 Das zeigen Interviews, die Kaliningrader Historiker seit 1988 erstellten. Vgl. Mathes, Eckhardt (Hrsg.): *Als Russe in Ostpreußen*.

Die 1947 beginnende antideutsche Kampagne führender Funktionäre war, wie noch gezeigt wird, durch andere Motive bestimmt. Im Übrigen handelte es sich bei der Zwangsaussiedlung der Königsberger um Transporte aus dem sowjetisch annektierten Ostpreußen in die sowjetisch besetzte Zone Rest-Deutschlands und damit um einen innersowjetischen Arbeitskräfte-Transfer, mit dem die SBZ unterstützt werden sollte.

### *Freiwillige Aussiedlung oder Vertreibung?*

Obwohl fast alle Deutschen, die in Kaliningrad unter den damaligen Bedingungen überlebt hatten, ihre Aussiedlung aus dem abgeschotteten Heimatgebiet ersehnten, gehörten diese „Aussiedlungen“ mit zum Gesamtprozeß der Nachkriegsvertreibungen aus den Gebieten hinter dem neuen „Eisernen Vorhang“. <sup>16</sup> Faktisch war der Abtransport aus Kaliningrad nur der letzte Akt der gewaltsamen Vertreibung der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete durch ein totalitäres Regime. Nach anfänglichen Einzelausreisen im April/Mai 1947 fuhren zwischen Oktober 1947 und Oktober 1948 49 Sammeltransporte mit über 100 000 Deutschen aus Königsberg/Kaliningrad in die SBZ. Das geschah in drei größeren Schüben („Aussiedlungsaktionen“). Wie bei allen Vertreibungen waren die Betroffenen überwiegend Frauen jeden Alters, Kinder und alte Männer. Die ostpreußische Heimat war ihnen durch die lange Gewalt- und Hungerzeit entfremdet worden. Längst waren sie aus ihren ursprünglichen Wohnungen ausgebombt oder vertrieben worden. Viele lebten in Kellern, die das russische Militär nicht beanspruchte. Die Arbeitsfähigen wurden zu schwerer körperlicher Arbeit zwangsverpflichtet zum Beispiel auf Militär-Sowchosen und Kolchosen, die auf früheren Gütern errichtet worden waren. Die Arbeitenden erhielten Nahrungsrationen; Nichtarbeitsfähige (Kranke, kleine Kinder, Alte) waren jedoch dem Verhungern ausgeliefert, wenn nicht Verwandte sie mitversorgten. Die Familien waren zerrissen. Verwandte und Nachbarn waren geflohen, gestorben oder verschleppt worden. Die einsetzende Sowjetisierung zeigte sich an der Einführung des Rubels, der Moskauer Zeit, der russischen Sprache, an der Umbenennung von Straßen und Plätzen – und auch an den nach und nach einwandernden sowjetischen Neusiedlern.

Aus dem kriegszerstörten Königsberg wurde Kaliningrad. Die Umbenennung fand am 4. Juli 1946 statt, kurz nach Ablösung der Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung. Der Namensgeber, Michail Iwanowitsch Kalinin, war einen Monat zuvor in Moskau verstorben. <sup>17</sup> Die Umbenennung der Stadt und des ganzen Gebiets nach dem hochrangigen Parteifunktionär und treuen Gefolgsmann Stalins war ein „symbolischer Paukenschlag“ (Kibelka), der den sowjetischen Anspruch auf das ostpreußische Gebiet demonstrieren sollte.

Entfremdete Verhältnisse, die Trennung von Angehörigen, Epidemien und hohe Sterblichkeit waren die Gründe dafür, daß die verbliebenen Ostpreußen die Ausreise aus ihrer Heimat als einzige Überlebenschance ansahen. Die Trauer um das Verlorene kam zumeist erst später, als in den „fremden“ deutschen Ankunftsgebieten nicht mehr der Hunger das Leben bestimmte, sondern der Verlust der Heimat.

16 Etwa zwei Drittel der rund 15 Millionen Vertriebenen waren deutsche Staatsbürger (Reichsdeutsche). Ein Drittel waren Angehörige deutscher Minderheiten in anderen Staaten: Sudetendeutsche, Deutsche aus dem Vorkriegspolen, aus Ungarn, Jugoslawien sowie aus Gebieten, die infolge des „Hitler-Stalin-Pakts“ bereits 1939/40 von der Sowjetunion annektiert worden waren.

17 Kalinin war seit 1926 Mitglied des Politbüros der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet, damit offizielles Staatsoberhaupt der UdSSR. Er war an der Terrorherrschaft Stalins direkt beteiligt. U. a. unterzeichnete er den Befehl für das Massaker an polnischen Offizieren bei Katyn u. a. Orten in Weißrußland. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden alle nach Kalinin benannten Orte umbenannt – außer Königsberg/Kaliningrad.

## 1. Begrenzte Ausreisemöglichkeiten im Frühjahr 1947

Die Jahre 1946/47 waren die Zeit der großen „organisierten“ Zwangsaussiedlungen, etlicher Rücktransporte (Kriegsgefangene, Zivilverschleppte) sowie erster offizieller Suchaktionen und Familienzusammenführungen.<sup>18</sup> Neben vielen Anfragen, zumeist von Verwandten, wurden jetzt auch die ersten öffentlichen Forderungen nach Ausreise der im Königsberger Gebiet zurückgebliebenen und von allen Informationen abgeschnittenen Deutschen laut.

Ein älterer Ostpreuße erinnerte sich: „Die Grenzen waren [...] inzwischen streng bewacht und mit hohem Stacheldraht abgeriegelt. Niemand durfte nach Polen und Litauen. Wir waren nun Gefangene in unserer eigenen Heimat.“<sup>19</sup>

Viele Ostpreußen in Kaliningrad hatten Verwandte, die in die alliierten Besatzungszonen geflüchtet oder vertrieben worden waren. Die meisten von ihnen waren in der SBZ gelandet. Dorthin ging 1946/47 auch die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus dem südlichen, unter polnische Verwaltung gestellten Teil Ostpreußens. Die im Gebiet Danzig verbliebenen Deutschen kamen hingegen in die britische Zone. Hier, vor allem in Schleswig Holstein, lebten ebenfalls viele Ostpreußen, die in den letzten Kriegsmonaten mit Schiffstransporten über die Ostsee nach Westen geflohen waren.<sup>20</sup>

Als Anfang 1946 in Königsberg wieder Post ankam, wurden die ersten Briefe ausgetauscht. Die Post ging über Moskau und brauchte drei bis vier Monate.<sup>21</sup> Angehörige in der sowjetischen, aber auch in der britischen und amerikanischen Besatzungszone erhielten erste Lebenszeichen. Sie ließen, trotz Zensur, die Notlage in dem abgesperrten Gebiet erkennen. Es waren häufig Hilferufe. Die Angehörigen erfuhren von den schlechten Lebensbedingungen, von Krankheiten und vom Tod von Verwandten. Besonders belastend war (für beide Seiten) auch die Trennung der Familien.

Im Unterschied zu den Westzonen gab es in der SBZ bereits ab September/Oktober 1945 zentrale Behörden, die als Ansprechpartner für die hier gelandeten Flüchtlinge und Vertriebenen fungierten: die „Zentralverwaltung für Umsiedler“ (ZVU)<sup>22</sup> und den Zentralausschuß der Volkssolidarität.<sup>23</sup> Vor allem an diese Institutionen richteten sich seit dem Sommer 1946 Anfragen und Bittbriefe von Ostpreußen in der SBZ, die sich um Hilfe

18 Ende Januar 1946 begannen die Massentransporte aus der ČSR und den polnisch verwalteten ost-deutschen Gebieten in die alliierten Besatzungszonen, insgesamt noch einmal rund 7 Millionen. Vgl. Gafert: Am Ende von Flucht und Massenvertreibung, S. 55–59. Die Alliierten kämpften um möglichst niedrige, die Vertreiberländer um möglichst hohe Vertriebenenzahlen. Außerdem kamen 1947 in die SBZ aus Dänemark 36 000 (von insgesamt 250 000) Ost- und Westpreußen und aus Ungarn 50 000 Ungarndeutsche. BArch DO2 14, Bl. 226, Statistik.

19 Ostdokumentation, Band I/2, S. 138.

20 Auch Schlesier (aus den östlichen Gebieten Niederschlesiens) kamen 1946/47 mit den „organisierten“ Transporten in die SBZ, während alle anderen Schlesier, Pommern und Danziger in die britische Zone verbracht wurden („Operation Swallow“).

21 So findet sich in einem Brief an die ZVU vom 12. 11. 1946 die Information, daß eine Karte aus Königsberg vom 2. 5. 1946 am 24. 9. 1946 in Leipzig angekommen war. BArch DO2 54, Bl. 6.

22 Das Gebiet der SBZ war seit Januar 1945 Ankunfts- und Durchzugsgebiet von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. Unter dem Druck der katastrophalen Verhältnisse war im September 1945 auf Befehl der SMAD die ZVU als Zentralbehörde zur Organisation und Lenkung der Flüchtlingsströme gegründet worden. In den Westzonen gab es erst seit der Gründung der Bundesrepublik eine zentrale Behörde: das Gesamtdeutsche Ministerium.

23 In den Ländern der SBZ war nach Kriegsende das Deutsche Rote Kreuz (DRK) als „faschistische Organisation“ aufgelöst worden. Im Oktober 1945 wurde die „Volkssolidarität“ als neue Hilfsorganisation gegründet, mit Zentrale in Berlin-Ost.

für die Ausreise ihrer Angehörigen bemühten. Die Briefeschreiber wurden durch Aufrufe zur Familienzusammenführung, Suchaktionen in der Presse und durch ankommende Vertriebenen-Transporte aus anderen Gebieten ermutigt.

Ab Juni 1946 hatte die ZVU in Presse und Rundfunk Aufrufe veröffentlichen lassen, in denen Verwandte von in der ČSR zurückgebliebenen Kindern gesucht wurden. Es sollten Suchanträge an die ZVU gestellt werden. Die Reaktion war unerwartet groß; in kurzer Zeit wurden mehrere Tausend Anträge gestellt.<sup>24</sup> Darunter waren Anfragen, ob nicht auch Such- und Ausreisanträge für Verwandte im sowjetisch besetzten Königsberger Gebiet gestellt werden könnten. Hier einige Beispiele: Die *Leipziger Volkszeitung* druckte am 6. November 1946 einen Artikel über die „Rückführung der Evakuierten aus Dänemark“. Darauf bezog sich eine Ostpreußin in ihrer Anfrage an die ZVU, ob es nicht auch ein „Wiedersehen“ mit Verwandten aus Königsberg geben könne. Der Brief endete mit der Bitte, die Anfrage nach Transporten aus Königsberg an die SMAD weiterzuleiten.<sup>25</sup>

Der „Suchdienst für vermißte Deutsche“ mit Sitz in Berlin-Ost gab Listen und Fotos vermißter Kinder heraus, die vom Rundfunk, von Zeitungen und auch in der Wochenschau veröffentlicht wurden. Die DEFA-Kinowochenschau „Der Augenzeuge“ zeigte von Dezember 1946 bis Januar 1949 unter dem Thema „Kinder suchen ihre Eltern“ ausgewählte Suchkinder.

In der Frauenzeitschrift *Für Dich* erschien im November 1946 ein Artikel des Zentralaussschusses der Volkssolidarität (ZAV): „Geschwister ohne Eltern“. Darauf bezog sich der Brief der Ostpreußin Elsa Ludwig aus Brandenburg an den Zentralaussschuß der Volkssolidarität. Sie machte auf das besondere Kinderproblem aufmerksam und bat um Hilfe für die Zusammenführung auch von Eltern und Kindern „aus dem russisch besetzten Teil Ostpreußens“: „Solange noch nicht alle Deutschen in dem verbliebenen Reichsgebiet sind, wird ein Zusammenbringen der Kinder mit ihren Eltern schwer sein. Die meisten Kinder, deren Eltern fehlen, stammen aus dem Osten. [...] Hat man diese Deutschen vergessen?“

Frau Ludwig hatte selbst ihre Mutter auf der Flucht verloren. Durch Briefe der Mutter erfuhr sie von deren Rückkehr nach Königsberg und ihrem Schicksal dort. Sie betonte, die 59-jährige kranke Mutter habe nur noch den Wunsch, zu ihrer Tochter nach Brandenburg zu kommen. Die Schreiberin setzte sich auch für die Ausreise der Mutter eines siebenjährigen Jungen ein. Auch er habe seine wieder in Königsberg lebende Mutter auf der Flucht verloren, und es gebe viele ähnliche Fälle. Es folgt die dringliche Bitte an die Volkssolidarität, ihre „ganze Kraft für das Zusammenbringen der durch den Krieg bzw. die Flucht getrennten Menschen aus Königsberg (Ostpreußen) und Umgebung“ einzusetzen; das würden ihnen Tausende Kinder und Mütter danken. Wenigstens sollten vorerst Mütter mit Kindern, Mütter, die ihre Kinder auf der Flucht verloren hatten, sowie Alte, Kranke und Arbeitsunfähige zu ihren Verwandten in die SBZ kommen können.<sup>26</sup>

In den Westzonen wurden die Suchaktionen vor allem vom Suchdienst des DRK und kirchlichen Institutionen wie der Caritas und der Inneren Mission unterstützt. Zur „Kinderrückführung“ hatte sich in Hamburg eine Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrts-

24 Die spektakuläre Suchaktion sollte die gerade zwangsvereinigte SED vor den ersten Kommunalwahlen in der SBZ im September 1946 auch für „Umsiedler“ in günstigem Licht und wählbar erscheinen lassen. Vgl. Gafert: Am Ende von Flucht und Massenvertreibung, S. 66 f.

25 BArch DO2 54, Bl. 6; eine ähnliche Anfrage ebd., Bl. 5.

26 Ebd., Bl. 7.

verbände gegründet. Und das DRK hatte einen besonderen Kindersuchdienst eingerichtet. Auch diese Institutionen erhielten Anfragen von Vertriebenen zu ihren vermißten Verwandten. Ihr Kontakt nach Osten war noch schwieriger als der aus der SBZ. Am 21. Januar 1947 fragte das Evangelische Hilfswerk der Inneren Mission schriftlich bei der ZVU an, welches der „richtige Weg [sei, um] Menschen aus Ostpreußen auszusiedeln?“. In diesem Schreiben wurden die Namen von sechs Königsbergern angeführt, die unter ärmlichen Bedingungen in einer Ruine in Königsberg lebten und dringend darum gebeten hatten, zu ihren Verwandten in die Westzonen ausreisen zu dürfen.<sup>27</sup> Soweit ersichtlich, erfolgte keine Antwort der ZVU.<sup>28</sup> Der Ost-West-Konflikt war auch im innerdeutschen Austausch offizieller Stellen zu spüren. Auch das Verhältnis zwischen der ZVU und der „Umsiedler“-Abteilung der SMAD war nicht gerade kooperativ, verbesserte sich jedoch zeitweise. Auf Anfragen des ZVU-Präsidenten, Rudolf Engel, hinsichtlich der Ausreisen aus „Kaliningrad“ hatte der Chef der SMAD-Abteilung, Oberstleutnant Balkanin, diesem bereits am 22. August 1946 knapp mitgeteilt, „dass die Rückfahrt vorläufig verboten“ sei.<sup>29</sup> Aufgrund weiterer Anfragen von Ostpreußen in der SBZ bat Engel Mitte Oktober erneut um „wohlwollende Überprüfung“, ob eine „Zusammenführung der Familienangehörigen von Ostpreußen nach hier möglich wäre“.<sup>30</sup> Eine Reaktion ist nicht belegt. Anfang 1947 richtete Engel Schreiben an verschiedene Abteilungen der SMAD, um „auf das dringende Problem der Rückführung der deutschen Bevölkerung hinzuweisen“ und legte auch eingegangene Briefe bei. Unter den Anfragen an die ZVU waren auch Briefe von SED-Genossen, die um bevorzugte Berücksichtigung ihrer Angehörigen baten.<sup>31</sup> Engel betonte in weiteren Schreiben an die SMAD-Abteilung, daß es auch um die „bevorzugte Rückführung“ von 215 namentlich genannten Antifaschisten und Verwandten von SED-Funktionären gehe.<sup>32</sup> Er mahnte, sie seien bei Kriegsende nicht geflohen, sondern im Vertrauen auf die Rote Armee in Ostpreußen geblieben<sup>33</sup> und übergab zugleich die Namenslisten. Der rührige ZVU-Präsident reichte auch Listen mit den Namen anderer gesuchter Angehöriger nach und betonte, daß es sich überwiegend um nicht arbeitsfähige Personen handele: „Die in der Aufstellung angeführten Personen sind in der Hauptsache Alte, Kranke, Frauen und Kinder.“<sup>34</sup> Mitte Februar 1947 bat Engel die Zentralkommandantur der SMAD erneut um „wohlwollende Überprüfung“ und Unterstützung.<sup>35</sup> Das wiederholte Nachfragen hatte Erfolg; schließlich gingen die Ausreise-Anfragen über die SMAD bis zur höchsten Entscheidungsebene in Moskau.<sup>36</sup>

Sowjetische Geheimdokumente belegen, daß die Entscheidung für Einzelausreisen bereits Ende Januar 1947 in Moskau gefallen war. Der sowjetische Innenminister Kruglow bat in seinem Schreiben an Außenminister Molotow vom 31. Januar 1947 um eine Entscheidung. Er machte deutlich, daß er selbst die beantragten Ausreisen befürworte:

27 Ebd., Bl. 13.

28 Das Personal der ZVU bestand nach der Zwangsvereinigung fast nur aus SED-Mitgliedern.

29 BArch DO2 54, Bl. 1 f.

30 Ebd., Bl. 15, Schreiben vom 14. 10. 1946.

31 Ebd., Bl. 6 und 9.

32 Schreiben vom 9. und 25. Januar 1947, vom 14. Februar, 21. März und 21. Mai, BArch 54, Bl. 10, 14, 4, 8, 9 (Das Archiv ist hier nicht chronologisch geordnet und die Anlagen fehlen).

33 BArch DO2 54, Bl. 10. Brief vom 9. 1. 1945. Es werden sechs Personen namentlich angeführt.

34 Ebd., Bl. 8.

35 Ebd., Bl. 14, Brief vom 14. 2. 1945.

36 Rudolf Engel, Altkommunist, Spanienkämpfer und der russischen Sprache mächtig, gelang es, seine Verbindung zu den zuständigen SMAD-Offizieren zeitweise zu verbessern. Vgl dazu: Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004.

„Im Konsulatsbüro der SMAD sind Schreiben von Deutschen, wohnhaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, eingegangen, mit der Bitte, den Zuzug ihrer Familienangehörigen, wohnhaft im Gebiet Kaliningrad, zu gestatten. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind 90 derartige Briefe mit der Bitte um Übersiedlung von 215 Personen eingegangen. Der Innenminister hält es für möglich, der Bitte der Deutschen zu genügen und die Übersiedlung [...] zu gestatten.“<sup>37</sup>

Molotow und Stalin haben dem offenbar zugestimmt, denn der stellvertretende Innenminister Iwan Serow erteilte dem Kaliningrader Innenminister, Generalmajor Trofinow, bereits am 14. Februar die Anweisung, die Antragstellung für die Betroffenen in Kaliningrad vorzubereiten. Er ergänzte, daß über die namentlich genannten Personen hinaus weitere Anträge gestellt werden könnten – auch ohne neue Anweisung.<sup>38</sup> Die SMAD in Berlin wurde über die Genehmigung der Einzelausreisen informiert. Ihre Konsularabteilung informierte wiederum die ZVU und wies darauf hin, daß die betreffenden Personen beim „Innenamt“ in Kaliningrad selbst Anträge für die „Rückführung [...] nach Deutschland“ stellen müßten.<sup>39</sup>

Die Deutschen im Kaliningrader Gebiet erfuhren von den genehmigten Ausreisen und der erforderlichen Antragstellung durch Gerüchte, die sich in Windeseile verbreiteten. Es begann ein unerwarteter Ansturm auf die sowjetischen Antragsstellen. Offenbar waren sämtliche sowjetischen Funktionäre, selbst Geheimdienstleute, von der Antragsflut völlig überrascht.

Der Königsberger Pfarrer Hugo Linck war für die sowjetischen Behörden die Ansprechperson für die Deutschen. Linck selbst ermunterte seine Gemeindemitglieder, wegen der schlechten Lebensbedingungen Ausreiseanträge zu stellen. Als er einem Gesandten des Innenministeriums bei einem Gespräch mitteilte, daß und weshalb fast alle Deutschen ausreisen wollten, traf er auf sprachloses Unverständnis.<sup>40</sup> Der Gesandte berichtete dem Moskauer Innenministerium, das bis dahin die Zustände im fernen Kaliningrad beschönigt wurden. Die Schuld für die schlechten Verhältnisse wurde nun den ausreisewilligen Deutschen zugeschoben, deren Verhalten gegenüber der Sowjetmacht illoyal, undankbar und gefährlich sei. Auch in der Moskauer Führung „wurden die Deutschen als reale Gefahr begriffen“.<sup>41</sup>

In einem Schreiben des Kaliningrader Innenministers Trofinow an den sowjetischen Innenminister Kruglow berichtete Trofinow über eine „Flut von Anträgen“, seitdem er am 2. April mit der Antragsgenehmigung und Aussiedlung begonnen habe. Ihm waren die

37 Zit. nach: Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre, S. 229. Vgl. auch Brodersen: Die Stadt im Westen, S. 75.

38 Brodersen: Die Stadt im Westen, S. 75 f. Serow erwartete offensichtlich, daß es sich nur um wenige Fälle handeln würde.

39 Vgl. Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre, S. 230 f. Auf Nachfrage der ZVU wurde die Notwendigkeit der individuellen Antragstellung in Kaliningrad in einem Schreiben vom 22. Mai 1947 nochmals betont. BArch DO2 54, Bl. 11.

40 Brodersen: Die Stadt im Westen, S. 77; Hoppe: Auf den Trümmern von Königsberg, S. 29. Hinweise aus Lincks späteren Aufzeichnungen. Er selbst blieb bis zur Ausweisung 1948 bei seiner Gemeinde. Linck war Mitglied der Bekennenden Kirche/Ostpreußen gewesen. Vgl. Seite „Hugo Linck“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 19. April 2011, 15:17 UTC. URL: [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Hugo\\_Linck&oldid=87896937](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Hugo_Linck&oldid=87896937) (zuletzt eingesehen am: 6. Juni 2011).

41 Brodersen: Die Stadt im Westen, S. 77 f. Brodersen und Hoppe betonen die Veränderung der Einstellung zu den zuvor „vernachlässigten“ Deutschen in der sowjet. Führung im Verlauf des Jahres 1947.

schwer kontrollierbaren und immer weniger produktiven Deutschen offenbar längst ein Dorn im Auge, da sie, wie er meinte, „die Erschließung des neuen sowjetischen Gebietes negativ“ beeinflussten. Grund dafür sei, daß die Zahl der Arbeitsfähigen sinke: die Übrigen würden zunehmend kriminell und wirkten zersetzend auf die sowjetischen Neusiedler. Nach sowjetischer Zählung lag damals die Zahl der Deutschen im Gebiet Kaliningrad bei 110 217 Personen, darunter 36 201 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Gesellschaftlich nützliche Arbeit werde, so Trofinow, nur noch von 36 600 Personen geleistet. Die nicht arbeitende deutsche Bevölkerung erhalte keine Lebensmittel, außer in Kinder- und Altenheimen. Sie sei daher ausgezehrt und werde zunehmend kriminell (Lebensmitteldiebstähle, Raubüberfälle bis hin zum Kannibalismus).<sup>42</sup> Zudem wirke die Anwesenheit der Deutschen „zersetzend“ auf die sowjetische Bevölkerung, vor allem auf die Soldaten, unter denen sich Geschlechtskrankheiten verbreiteten.<sup>43</sup> Trofinow bat Kruglow, die organisierte Aussiedlung der Deutschen, und zwar *aller* Deutschen, in die SBZ zu erwägen.<sup>44</sup> Kruglow sandte daraufhin am 30. Mai 1947 erneut ein Schreiben an Molotow, in dem er die Hauptaspekte des Berichts von Trofinow aufnahm und um eine grundsätzliche Klärung bat. Zugleich wies er Trofinow an, die laufende Bearbeitung der Ausreise-Anträge vorläufig einzustellen.<sup>45</sup> Damit war die erste Ausreisewelle faktisch bereits im Juni 1947, das heißt drei Monate nach ihrem Beginn, gestoppt.

Es handelte sich insgesamt um individuelle Anträge und Ausreisen von Personen und Familien, die Verwandte in der SBZ nachweisen konnten. Nach Angaben des Kaliningrader Innenministeriums wurden bis zum 10. Juni 1947 6 526 Ausreiseanträge gestellt, von denen 1 744 genehmigt worden seien. Die Antragsteller hätten entsprechende Ausreisebescheinigungen erhalten. 1 121 Personen waren bis dahin ausgewandert, bis Ende Juni über 3 000. Insgesamt wurden von den Kaliningrader Behörden in den drei Monaten von April bis Juni 3 390 Ausreisebescheinigungen ausgegeben.<sup>46</sup>

Ziel der Ausreisenden war zunächst Berlin. Hier trafen allein zwischen dem 12. und dem 29. Juni 1947 1 641 Königsberger/innen ein. Die Unterbringung war schwierig, da im sowjetisch besetzten Ostteil der Stadt kurz zuvor alle Lager aufgelöst worden waren. Daher wurden die Ankommenden – nach einigen Tagen Notunterkunft, teilweise auch in den Westsektoren – in das Quenzlager<sup>47</sup> in Brandenburg weitergeleitet. Mitte Juni fand im Auffanglager Plaza-Bunker in Berlin-Kreuzberg eine Befragung der dort kurzfristig untergekommenen 160 „Kaliningrad-Umsiedler“ statt. Anwesend waren je ein sowjetischer und ein britischer Besatzungsoffizier sowie zwei Vertreter der ZVU. Die Befragten sagten aus, daß sie in den bei der Kaliningrader Polizei gestellten Anträgen ihren Ausreisewunsch schriftlich begründen mußten. Außerdem mußten sie unterschreiben, daß

42 Brodersen: Die Stadt im Westen, S. 78 f.; Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre, S. 260 f. Trofinow erwähnt Kannibalismus in seinem Brief an Kruglow, um den Druck zur Abschiebung der Deutschen zu verstärken. Doch es gab auch von deutschen Zeitzeugen Hinweise auf Kannibalismus als Folge des extremen Hungers.

43 Auch hier wurden Täter und Opfer vertauscht: Die verbreiteten Geschlechtskrankheiten infolge sexueller Übergriffe von Rotarmisten wurden nicht diesen, sondern den betroffenen deutschen Frauen angelastet und mit dem Vorwurf der Spionage- und Zersetzungstätigkeit verknüpft.

44 Abdruck des vollständigen Trofinow-Berichts vom April 1947 bei: Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre, S. 230 ff., 260.

45 Ebd., S. 232.

46 So die offiziellen Zahlenangaben, vgl. ebd. S. 233 f., die tatsächliche Zahl der Anträge war weit höher.

47 1937–1944 Barackenlager für über 7 000 Arbeiter und Kriegsgefangene in der Nähe des Stahlwerks am Quenzsee in der Stadt Brandenburg. Nach Kriegsende wurde das Lager als „Umsiedlerlager“ genutzt.

die Ausreise freiwillig erfolgte. Mit dem Antrag mußte zudem eine Freistellung des Arbeitgebers eingereicht werden. Nach fünf bis sechs Wochen sei die Genehmigung erteilt worden. Der Transport dieser 160 Personen in drei Güterwaggons sei von russischen Offizieren bis Preußisch-Eylau begleitet worden. Dort (an der Grenze zum polnisch verwalteten Ostpreußen, BG.) seien ihnen ihre sämtlichen Papiere abgenommen worden. Ein Teilnehmer sei als Transportleiter bestimmt worden und habe eine Namensliste der Ausreisenden erhalten. Der Grenzübertritt zur SBZ war Küstrin. Dort waren die drei Waggons einem nach Berlin fahrenden Güterzug angehängt worden.<sup>48</sup>

Ende Juni trafen in Berlin fast täglich – unangekündigt und ungeordnet – größere Gruppen aus Kaliningrad ein. Der größte Transport mit 500 Deutschen kam am 23. Juni. Ein interner Bericht der ZVU vom 22. Juni gibt weitere Details über die „Ostpreußen-Rückkehrer“ an. Er läßt zugleich die beginnenden Ost-West-Differenzen in der Viersektorenstadt erkennen, die sich auch im Umgang mit den Vertriebenen zeigten. In dem Bericht heißt es: „Die Transporte sind kaum organisiert und werden nicht mit Verpflegung versorgt. Es gilt zu verhindern, dass die Transporte nach Berlin kommen, weil politische Agitatoren diese Lager aufsuchen und die jüngeren Personen auffordern, nach dem Westen zu fliehen. [...] Aus den Berliner Lagern kann sich nach Ankunft jeder entfernen, und zurück bleiben hauptsächlich die Alten, Kranken und die Rückkehrer, die keine Angehörigen haben, die dann in der Mark Brandenburg zur Eingemeindung verbleiben.“ Dieser Bericht ist übrigens ein seltenes Zeugnis für Kritik an dem Umgang der sowjetischen Behörden mit den Königsbergern, wenn es weiter heißt: „In den meisten Fällen muss die Ausreisegenehmigung durch Bestechungsgelder erkaufte werden, sodaß die vollkommen Unbemittelten kaum aus ihrer Elendslage dort herauskommen. Die Unbemittelten sind vielfach Angehörige ehem. Antifaschisten.“ Mit Berufung auf „Aussagen glaubwürdiger Rückkehrer“ wird weiter behauptet, daß bis dahin überwiegend politisch belastete Rückkehrer gekommen seien, obwohl nur Unbelastete eine Genehmigung erhalten sollten.<sup>49</sup>

Die ZVU wandte sich erneut an die SMAD mit der Bitte, die Kaliningrader Behörden sollten Anweisungen geben, den Deutschen ihren Privatbesitz zu belassen. Sie begründete dies mit Blick auf die Wirkung im Westen: „Wir mußten wiederholt feststellen, daß einzelne solcher Handlungen von antisowjetischer Seite, insbes. im Westen Deutschlands, zu einer wüsten Hetze benutzt [werden].“<sup>50</sup> Auch darauf wurde nicht reagiert.

Die ZVU entwickelte sich zur Interessenvertreterin der eingesperrten Deutschen. Sie bemühte sich vor allem um ihre besondere Klientel, die Angehörigen der SED-Funktionäre. Deren bereits genehmigte Ausreise war durch den plötzlichen Ausreisestopp nicht mehr durchführbar gewesen. Noch im Juni beantragte der ZVU-Präsident Rudolf Engel, 292 Ostpreußen in das Land Brandenburg auszusiedeln. Das lehnte Serow als „nicht notwendig“ ab.<sup>51</sup> Im Juli bat das ZK der SED selbst über die SMAD, 108 Angehörigen führender SED-Funktionäre („Antifaschisten“) die Ausreise zu gestatten. Auch der Leiter der Informationsabteilung der SMAD, Tulpanow, setzte sich in Kaliningrad bei dem dortigen Gebietskomitee der KPdSU für die deutschen Genossen ein. Eine Genehmigung aus Moskau kam auch diesmal nicht.<sup>52</sup>

48 BArch DO2 54, Bl. 20. Die Befragung fand am 14. 6. 1946 statt, der Weitertransport nach Brandenburg am 17. 6. 1946.

49 Ebd., Bl. 21.

50 Ebd., Bl. 24, Schreiben vom 1. 7. 1947.

51 Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre, S. 235.

52 Das geht aus einer Mitteilung Kruglows an Molotow vom 13. 9. 1947 hervor. Vgl. ebd. S. 236 f.

Was die Deutschen, inklusive der ZVU, damals nicht wußten: Der Ausreisestopp diente der Moskauer Führung dazu, Zeit zu gewinnen, um eine Grundsatzentscheidung über die Zukunft der Deutschen in Kaliningrad zu treffen. Denn die zunächst nur für einen überschaubaren Personenkreis gedachten Einzelausreisen hatten unerwartet zu massenhaften Ausreiseanträgen geführt und Unruhe erzeugt. Letzteres wiederum beunruhigte die kommunistischen Funktionäre in Moskau und Kaliningrad.

Der sowjetische Innenminister Kruglow hatte bereits im Juni 1947 dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, Kossygin, einen ersten Aussiedlungsplan geschickt, als Beschlußvorlage für den Ministerrat. Einen Monat später sandte Kossygin ein Schreiben an Molotow, in dem er den Aussiedlungsvorschlag Kruglows nur wenig verändert vorlegte und um Durchsicht und Bestätigung bat. Darin heißt es unter anderem:

„Im Gebiet Kaliningrad leben zur Zeit 107 408 Personen deutscher Bevölkerung, von ihnen sind nur 32 500 Personen mit gesellschaftlich nützlicher Arbeit beschäftigt. Ich würde es als erforderlich erachten, im laufenden Jahr deutsche Familien, die aus nicht erwerbsfähigen Personen bestehen und keinerlei gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten, sowie die sich in Kinderheimen befindenden deutschen Kinder und die in Invalidenheimen untergebrachten Deutschen im Greisenalter – insgesamt 30 000 Personen – in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands umzusiedeln. Vom Ministerium des Innern der UdSSR (Gen. Serow) wurde diesbezüglich eine Beschlussvorlage des Ministerrates der UdSSR angefertigt, die die Umsiedlung der genannten Deutschen im September vorsieht.“ Die Betroffenen sollten Gepäck bis 500 kg je Familie mitnehmen können, ausgenommen Dinge, deren Ausfuhr verboten war.<sup>53</sup>

Dieser Vorschlag wurde angenommen und im Herbst 1947 umgesetzt.

## 2. Beginn der Zwangsaussiedlung (erste „Aussiedlungsaktion“) am 22. Oktober 1947

Am 11. Oktober 1947 unterzeichnete Stalin den Erlaß des Ministerrats der UdSSR „Über die Umsiedlung der Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet der RSFSR in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands“. Dieser Erlaß basierte auf den Vorschlägen von Kruglow und Kossygin vom Juni/Juli des Jahres und verfügte die Aussiedlung von 30 000 Deutschen. Schon am 14. Oktober folgten Anweisungen Kruglows zur Durchführung der Sammeltransporte. Bis Ende Oktober sollten 10 000, im November weitere 20 000 Personen abtransportiert werden. Betroffen waren die Bewohner militärstrategisch wichtiger Gebiete, vor allem die Bewohner nahe der Militärbasis in Pillau/Baltiysk<sup>54</sup> und der neuen Grenzen, rund 5 000 Waisenkinder aus den Kinderheimen, etwa 700 Alte aus Invalidenheimen sowie die Familien Arbeitsunfähiger, das heißt alle aus sowjetischer Sicht „nicht gesellschaftlich nützlich(en)“ Deutschen.<sup>55</sup> Es ging nun nicht mehr um freiwillige Einzelausreisen, sondern um angeordnete, zentral organisierte Sammeltransporte in Güterzügen mit rund 2 000 Personen in jeweils etwa 50 Waggons. Die oberste Leitung der Aussiedlungsaktion hatte der stellvertretende sowjetische

53 Zit. nach: Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre, S. 235. Trofinow hatte drei Monate zuvor 36 600 Arbeitende angegeben (s. o.). Die Zahlenangaben schwanken. Laut Brodersen waren noch im Jahr 1947 48 bis 90 Prozent der Arbeitskräfte Deutsche. Ders.: Die Stadt im Westen, S. 82.

54 Pillau/Baltiysk auf der Frischen Nehrung, früher Vorhafen von Königsberg. Beide wurden nach 1945 zum größten Militärhafen der sowjetischen Ostseeflotte ausgebaut und waren noch Jahre nach 1990 besonderes militärisches Sperrgebiet.

55 Hinweise zu dem Erlaß vom 11. 10. 1947 bei Hoppe: Auf den Trümmern von Königsberg, S. 32; vgl. auch Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre, S. 238.

Innenminister Iwan A. Serow, der sich „schon bei der Umsiedlung der Krimtataren, Kal­mücken, Tschetschenen und Inguschen hervorgetan“ hatte.<sup>56</sup> Es wurde ein Operationskomitee nach Kaliningrad geschickt, dem auch sowjetische Geheimdienstleute angehörten. Alle Ausreisenden wurden vom NKWD kontrolliert.

Die Transportbedingungen wurden vorgegeben: Geld und Sparbücher (sämtliche Rubel, teilweise auch deutsches Geld) sowie alle Personalpapiere mußten abgegeben werden. Verpflegung für 15 Tage gab es nur für diejenigen, die dafür 80 Rubel bezahlten. Das Wichtigste waren die Ausreiselisten. Sie existierten in dreifacher Form und wurden immer wieder vom sowjetischen Begleitpersonal überprüft. Die Mitnahme von Gepäck war unbegrenzt erlaubt. Doch die meisten besaßen nur noch das, was sie auf dem Leib trugen. Der mitunter vorhandene persönliche Besitz blieb zurück oder konnte noch billig an sowjetische Neusiedler verkauft werden. Die Gepäckstücke, die die Auszusiedelnden noch hastig ergreifen konnten, kamen kaum durch die Kontrollen oder wurden entwendet. Zumeist unerwartet und äußerst kurzfristig erhielten bestimmte Personengruppen die Aufforderung, sich am Bahnhof Kaliningrad zu versammeln. Alle wurden vor der Abreise von Beauftragten des Kaliningrader Innenministeriums und des Ministeriums für Staatssicherheit registriert und überprüft.<sup>57</sup> Einsprüche und Mahnungen seitens der ZVU, den Ausreisenden wenigstens die Personalpapiere zu belassen, blieben folgenlos. Einer Frau, die darum bat, wenigstens ihr Adreßbuch mit den Anschriften der Verwandten behalten zu dürfen, wurde gesagt, in Deutschland gebe es einen Suchdienst.

Die Güterwaggons waren fensterlos. Sie wurden je mit 40 bis 50 Personen beladen und vor der Abfahrt verplombt. Damit waren sie zwar vor Überfällen sicher. Da aber zumeist Aborte fehlten oder bei den drei- bis siebentägigen Fahrten nicht ausreichten, wurden Verlausion und Krankheiten gefördert. Soweit erkennbar, wurden die Waggons kaum gereinigt. Die Fahrtroute verlief über Küstrin oder Frankfurt/Oder nach Pasewalk in Mecklenburg-Vorpommern. Die nähere Strecke über Stettin war wegen Brückenschäden kurzfristig gesperrt worden. In Pasewalk wurden die Transporte von einem sowjetischen Offizier übergeben, die Insassen wurden registriert, gepflegt und nach wenigen Stunden zu Quarantänelagern in den vorbestimmten SBZ-Ländern weitergeleitet. Eine vierzehntägige Quarantäne war von der SMAD in der SBZ generell für alle Transporte verordnet, auch für einzeln aufgegriffene Vertriebene. Die „normalen“ Transporte mit Familien und einzelnen Erwachsenen kamen zur „Eingemeindung“ in die vorbestimmten Ortschaften. Grundlage der Verteilung waren ein „Aufnahmesoll“ sowie Verteilungspläne, die von der SMAD angeordnet waren bzw. genehmigt werden mußten. Anfang November schickte die ZVU ein Schreiben an alle SBZ-Länder, das sie zur Zusammenarbeit mit der Polizei aufforderte. Die Polizeiverwaltung sollte jeweils die ankommenden Transporte überwachen. Und die Polizeibehörden in den Gemeinden sollten „die für alle Deutschen geltenden Personalpapiere ausstellen“.<sup>58</sup>

56 Kibelka: Wolfskinder, S. 116, mit Hinweis auf den russischen Historiker Jurij Budja. General Serow gehörte seit 1939 zum NKWD, war bald Stellvertreter Berias, nach 1945 Leiter der NKWD-Sektion in der SBZ und Chef der Zivilverwaltung der SMAD. Er war auch Mitgründer der SAG Wismut. Von 1947 bis 1953 war er stellvertretender Innenminister der UdSSR, von 1954 bis 1958 Leiter des umbenannten KGB. Danach fiel er in Ungnade und stieg ab. Vgl. Seite „Iwan Alexandrowitsch Serow“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 23. Februar 2011, 12:38 UTC. URL: [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Iwan\\_Alexandrowitsch\\_Serow&oldid=85661555](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Iwan_Alexandrowitsch_Serow&oldid=85661555) (zuletzt eingesehen am 6. Juni 2011).

57 Hoppe: Auf den Trümmern von Königsberg, S. 32.

58 BArch DO2 54, Bl. 35.

Keiner der Betroffenen wurde nach seinen Wünschen gefragt, auch nicht die unerwartet mit den fremden Deutschen konfrontierten Einheimischen. In diesem Punkt ähnelten sich die organisierten Zwangsaussiedlungen in alle Besatzungszonen. Sie wurden rein organisationstechnisch bewältigt und verliefen mehr oder weniger korrekt, chaotisch oder brutal.

Am 22. Oktober verließ der erste Sammeltransport mit 1 987 Personen Kaliningrad. Er fuhr Umwege und kam erst nach sechs Tagen „sehr stark verlaust“ in Pasewalk an. Weiter ging es in das Quarantänelager Erfurt in Thüringen.<sup>59</sup> Zwei weitere Züge brachten die bereits lange angekündigten Waisenkinder nach Mecklenburg.<sup>60</sup> Der vierte Transport war mit 2 200 Personen überladen. Alle Züge waren mehrere Tage unterwegs; in den verschlossenen Güterwaggons gab es weder Wasser noch Abortimer.

ZVU-Vertreter fertigten Berichte zu einzelnen Transporten an. Der stellvertretende Leiter der Behörde, Artur Vogt, stellte erleichtert fest, daß es keine feindlichen Einstellungen gebe, daß aber politische Erziehungsarbeit nötig sei: „Die Leute machen keinen Hehl daraus, dass sie froh sind, in Deutschland zu sein. [...] Nach meiner Ansicht wird es mit ihnen bei richtiger Behandlung keine besonderen Schwierigkeiten geben. [...] Viel wird davon abhängen, dass man sich um die Leute in den Quarantänelagern kümmert [...].“<sup>61</sup> Damit war die dort mehr oder weniger intensiv stattfindende „sozialistische Kulturarbeit“ durch Vorträge, Filme, Zeitungen u. a. gemeint.

Am 9. November kam endlich der sogenannte „Antifa-Umsiedlerzug“ mit den seit langem angemahnten Angehörigen von SED-Funktionären in Pasewalk an; sie wurden von einem Mitglied des Parteivorstandes der SED und je einem Vertreter der ZVU und der „Antifa-Ostpreußen“ begrüßt.<sup>62</sup>

Vom 1. bis 12. November wurden die Transporte unterbrochen. Man feierte in Kaliningrad 30 Jahre Russische Revolution. Bis zum 4. Dezember kamen weitere neun Transportzüge. Im siebten Zug, der am 19. November 1947 mit vielen kranken Kindern in Pasewalk eintraf, waren auf der Fahrt 15 Personen gestorben. Über den Transport von etwa 700 Alten und Gebrechlichen aus Kaliningrader Pflegeheimen finden sich keine Informationen.

Mit der ersten „Aussiedlungsaktion“ kamen in 14 Zugtransporten insgesamt 30 323 Personen ins Aufnahmelager Pasewalk.<sup>63</sup> Sechs Züge fuhren weiter nach Thüringen, drei nach Brandenburg, vier nach Sachsen-Anhalt, einer blieb in Mecklenburg. Daß im Frühjahr und Herbst 1948 weitere Transporte folgen sollten, war Ende 1947 in Moskau noch nicht entschieden. Der Anteil der 1947 aus Kaliningrad Zwangsausgesiedelten betrug 4,5 Prozent der in diesem Jahr insgesamt in die SBZ ausgewiesenen vertriebenen Deutschen.

59 Ebd., Bl. 87 f. Pasewalk, den 27. Oktober 1947: „Bericht über den ersten Ostpreußentransport“.

60 Vgl. Punkt 3.

61 BArch DO2 54, Bl. 76 f. Bericht vom 8. 11. 1947 von Arthur Vogt. Zur Erfahrung von Michael Wieck: Zeugnis vom Untergang Königsbergs, im Quarantänelager Kirchmöser s. Punkt 5 dieses Artikels.

62 Ebd., Bl. 31. Aktennotiz vom 24. 10. 1947: Ankündigung der Ankunft der 108 „Antifa-Familien“; BArch DO2 70, Bl. 94 Begrüßung in Pasewalk. Es waren noch 25 der sog. Antifa-Umsiedler im Lager.

63 BArch DO2 54, Bl. 68–158 und 260–303. Berichte und Statistiken der „Umsiedlertransporte aus Ostpreußen“. Zu jedem Transport wurde aus Pasewalk nach Berlin ein telefonisch durchgegebenes Kurzprotokoll angefertigt, mit Antworten auf neun vorgegebene organisatorische Fragen, z. B. Anzahl der Zuginsassen, aufgeteilt nach Geschlecht, Zahl der Waisenkinder, Kranken etc.

### 3. Transporte mit ostpreußischen Waisenkindern „... zuviel erlebt, gesehen und verloren“

Die Transporte mit Waisenkindern bzw. Kindern ohne Familienangehörige in die SBZ haben eine monatelange Vorgeschichte. Schließlich kamen sie zusammen mit den „normalen“ Transporten ab Herbst 1947.

Anfang Mai 1947 wurde der ZVU von der Abt. Volksbildung der SMAD die baldige Ankunft von 3 000 „anhanglosen Waisenkindern aus Kaliningrad“ angekündigt.<sup>64</sup> Auch die Zentralverwaltungen für Volksbildung und für Arbeit und Sozialwesen wurden informiert. In der ZVU in Berlin folgten sogleich Vorbereitungen zur schnellen Aufnahme, Versorgung und Verteilung so vieler Kinder. Ein Organisationsplan wurde erstellt.<sup>65</sup> Die Umsiedlerämter der Länder erhielten die Ankündigung, jeweils bald 600 Kinder aufnehmen zu müssen. Schwerin weigerte sich, weil die mecklenburgischen Lager überfüllt seien.<sup>66</sup> Als im Oktober das „Aufnahmesoll“ auf 900 Kinder erhöht wurde, protestierte auch Potsdam.<sup>67</sup> Die Proteste halfen nichts. Aus Mecklenburg kam der Vorschlag, Kinderdörfer zu schaffen, als „Unterbringungs- und Erziehungsmöglichkeiten [...] im neuartigen Stil“.<sup>68</sup> Doch man brauchte schnelle Lösungen. Größere Objekte wie Wiek, Eggesin oder Prora auf Rügen wurden genannt. Letztlich blieb die Unterbringung Ländersache. Es wurde ein umfangreicher Organisationsplan erstellt. Von der SMAD wurde als erstes Aufnahmelager wiederum Pasewalk bestimmt. Nach den Aufnahmeformalitäten sollten die Kinder in vier mecklenburgische Quarantänelager gebracht werden. Die Länderregierungen waren verantwortlich für genügend Plätze in Lagern, Kinderheimen und Pflegefamilien, aber auch für die Ausstattung der Lager sowie ausreichende und geschulte Betreuung und ärztliche Versorgung.<sup>69</sup> Auch die Jugend- und Gesundheitsämter sowie der Suchdienst sollten einbezogen werden. Die Absprachen mit den zuständigen Stellen in Kaliningrad und der SMAD in Berlin-Karlshorst blieben schwierig. So standen bald 3 000 Aufnahmeplätze bereit – doch die Kinder kamen nicht. Auf erste Nachfragen des ZVU-Präsidenten Engel reagierte die SMAD zunächst nicht. Engel fragte am 20. September nochmals höflich nach: „Nachdem wir nun fast 4 Monate in den bereitgestellten Heimen alle verfügbaren Plätze freigehalten haben, wäre uns eine baldige Entscheidung in dieser Angelegenheit erwünscht.“<sup>70</sup> Zehn Tage später schrieb der Bevollmächtigte der SMAD-Umsiedlerabteilung: „Die Frage der Umsiedlung von Kindern aus dem Kaliningrader Gebiet ist vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt.“<sup>71</sup> Offenbar gab es in der Kinderfrage noch bis zuletzt Einwände. Am 11. Oktober kam der erwähnte Ministerratsbeschluß zur Aussiedlung von 30 000 Deutschen, inklusive der Waisenkinder. Nun teilte Oberst Jewsejew mit, daß nicht 3 000, sondern etwa 5 000 Waisenkinder

64 BArch DO2 70, Bl. 24 f.

65 Ebd., Bl. 41.

66 Ebd., Bl. 69.

67 Ebd., Bl. 111.

68 Ebd., Bl. 26, 29 und 37. Die Idee der Kinderdörfer geht auf Pestalozzi und Makarenko zurück. Am 18. 11. 1947 wurde in Schwerin ein beratender Ausschuß zur Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Kinderdörfer“ gegründet. Die Projekte scheiterten. Die angefragten Berliner Bibliotheken hatten nicht einmal Literatur zu Kinderdörfern. 1949 entstand in Kyritz in der Prignitz/Brandenburg ein Kinderdorf, in dem 250 Waisenkinder aus Kaliningrad untergebracht und ausgebildet wurden. Kibelka berichtet darüber positiv. Dies.: Von Ostpreußen nach Kyritz. <<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/publikationen/pdf/wolfskinder.pdf>>.

69 BArch DO2 54, Bl. 26. Entsprechende Schreiben der ZVU an die fünf Länderregierungen vom 23. 10. 1947.

70 BArch DO2 70, Bl. 50.

71 Ebd., Bl. 51.

ankommen würden, 2 000 im Oktober und 3 000 im November. Der dritte Transport werde mit 2 000 Kindern „beladen sein“ und am 26. Oktober in Kaliningrad abfahren.<sup>72</sup>

Die ZVU mußte umplanen und das Aufnahmesoll der Länder erhöhen. Tatsächlich kamen mit den fünf Zügen im Oktober nicht 2 000, sondern 3 217 Waisenkinder in Pasewalk an.

Am Ende der ersten „Aussiedleraktion“, Anfang Dezember 1947, waren es zusammen 4 260 Waisenkinder, ein Siebtel der insgesamt 30 323 ostpreußischen Zuginsassen. In den späteren Transporten bis Ende Oktober 1948 kamen weitere 1 103 Waisenkinder, die auf die „normalen Transporte“ verteilt waren. Mit den Transporten von Oktober 1947 bis Oktober 1948 kamen demnach insgesamt 5 363 Königsberger Waisenkinder in die SBZ. Etwa weitere 30 000 bis 40 000 Kinder unter 16 Jahren kamen mit ihren Müttern oder anderen Verwandten.

Obwohl oft die Kleinsten (ebenso die ältesten Menschen) zuerst verhungert waren, war die Zahl der ankommenden Kinder noch auffällig groß, darunter tausende Waisenkinder. Die Familien im früheren Ostdeutschland waren kinderreich; die meisten Kinder hatten mehrere Geschwister. Viele Mütter waren infolge von Hunger, Krankheit, Gewaltakten (Vergewaltigung, Erschießen) gestorben, andere nahmen sich verzweifelt das Leben. Ermittlungen der ZVU ergaben, daß 80 bis 90 Prozent der Mütter der ankommenden Waisenkinder in Königsberg gestorben waren.<sup>73</sup> Zudem waren, wie bereits erwähnt, in Ermangelung von Männern zwischen Februar und April 1945 über 40 000 Frauen von NKWD-Kommandos als „lebende Reparationen“ zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert worden.<sup>74</sup> Die hinterlassenen Kinder mußten sich allein durchschlagen, eine Chance zum Überleben hatten nur die älteren Kinder. Die Väter waren im Krieg gefallen oder in Kriegsgefangenschaft. Etwa 30–40 Prozent der Waisenkinder fanden später ihre Väter oder andere Verwandte über die Suchdienste wieder.

Die Berichte über die Kindertransporte zeigen ein unterschiedliches Bild. Es wird betont, daß der erste Kindertransport, der am 28. Oktober u. a. mit 650 Waisenkindern in Pasewalk ankam, einen relativ guten Eindruck gemacht habe:

„[...] die größeren Kinder, also 8 bis 14 Jahre, [waren] fast durchweg in gutem Ernährungs- und Körperzustand [...]. Bei den kleineren Kindern im Alter zwischen 3 und 5 Jahren befand sich eine Reihe von Kindern, die dystrophische und rachitische Merkmale zeigten. Die Kinder waren mit gutem Schuhzeug, Wintermänteln, Kopfbedeckung und Handschuhen ausgestattet. [...] Die Ausstattung mit Unterkleidung hingegen ließ zu wünschen übrig, es fehlte besonders an Schlüpfern.“ Weiter wurde berichtet, dass die Kinder einen lebhaften Eindruck machten und nur wenige krank und verlaust seien. Auch hätten sie erklärt, dass sie in den Heimen gut behandelt worden seien und ausreichend zu essen bekommen hätten. Das sei von den „Kinderpflegern“ bestätigt worden.<sup>75</sup>

Der hier erwähnte Kindertransport setzte sich überwiegend aus Kindern zusammen, die aus Kaliningrader Waisenhäusern (Kinderhäuser) kamen. Ganz anders fällt der Bericht über den nachfolgenden Transport aus, der Pasewalk am 30. Oktober als ganzer Kinderzug erreichte. „2.386 Kinder im Alter von 2–16 Jahren kamen in Güterwagen ohne Stroh

72 Ebd., Bl. 52. Die sowjetischen Angaben (zur Abfahrt in Kaliningrad) und die deutschen (zur Ankunft in Pasewalk bzw. in den Quarantänelagern) differieren jeweils um drei bis sieben Fahrtage.

73 Ebd., Bl. 96, Aktennotiz über eine Besprechung im Haus der ZVU vom 13. 11. 1947.

74 Allein aus Ostpreußen wurden 44 000 „Reparationsverschleppte“ in sowjetische Arbeitslager gebracht, darunter rund zwei Drittel Frauen. Vgl. Lexikon der Vertreibungen, S. 496.

75 BArch DO2 70, Bl. 85. Daß hier etwas euphemistisch berichtet wurde, zeigt u. a. das Beispiel von Christa Pfeiler-Iwohn.

[...] teils ohne [Öfen], in sehr erschöpftem Zustand an. Die Fahrtdauer betrug 4 Tage und 4 Nächte. Abortanlagen waren nicht vorhanden.“<sup>76</sup> Daher seien die Waggons inklusive der darin lagernden Lebensmittel verschmutzt worden. Auch seien die Kinder so unterernährt, dass sie kaum geimpft werden konnten, nur noch „Haut und Knochen“.<sup>77</sup>

Dieser Zug setzte sich überwiegend aus zuvor frei lebenden Waisenkindern zusammen. Die Kinder hatten zumeist in den Kellern zerstörter Häuser oder in Wäldern gelebt und versucht, sich durch Betteln und Mundraub zu ernähren. Sie waren von sowjetischen Milizeinheiten aufgespürt worden oder hatten sich selbst zur Aussiedlung gemeldet. Viele von ihnen waren unter den schlechten Lebensbedingungen abgemagert, verwahrlost und hatten nie eine Schule besucht. Die SBZ-Behörden und -Kinderheime, die überwiegend rein organisationstechnisch reagierten, hatten ihre Schwierigkeiten mit ihnen. Die in Kaliningrad verbliebenen Kinder mit ähnlichen Schicksalen nannte man später „Wolfskinder“. Der „Suchdienst für vermisste Deutsche“ nahm zumeist direkt in den Lagern die Namen der Kinder auf und vermittelte sie für Suchaktionen der Presse weiter. Das geschah bei den ausgemergelten Kaliningrad-Kindern allerdings in eher verdeckter Form. Die Herkunft dieser Kinder aus dem „Sowjet-Paradies“ sollte kein Aufsehen erregen.

Im Bericht einer Vertreterin des Suchdienstes, die im April 1948 die Kinder im Quarantänelager Eggesin registrierte, heißt es unter anderem: „Der Transport besteht aus ca. 60 schwer erziehbaren Kindern, die in Kaliningrad in einem entsprechenden Heim waren, und aus 120 Kindern eines Waisenhauses, der Rest besteht aus vagabundierenden Kindern, die man so aufgegriffen hat, um sie nach Deutschland zurückzuschicken. Der Zustand der Kinder ist sowohl gesundheitlich als auch moralisch dementsprechend. Besonders ungünstig bei den vagabundierenden Kindern ist die Feststellung, daß sie sofort nach Ankunft ihre Bekleidungsstücke in Schnaps und Zigaretten umgesetzt hatten. 8-10jährige Kinder wurden betrunken angetroffen.“ Der Lagerleiter schlug vor, die Kinder zu „sondieren“, bevor ihre Namen beim Suchdienst öffentlich würden. Allerdings stellte die Suchdienst-Vertreterin auch Mängel bei der Versorgung im Lager Eggesin fest.<sup>78</sup>

Das größte Kinderlager mit angeschlossenem Kinderheim war Bischofswerda bei Dresden.

Auch die Berichte aus diesem Lager werfen ein Licht auf den damaligen Umgang mit dem Kinderdrama. Der Lagerleiter schrieb unter anderem: „Die anhanglosen Kinder werden von der Volkssolidarität betreut und in Zusammenarbeit mit dem Suchdienst und dem Amt für Volksbildung erfaßt. Sie stehen unter dauernder ärztlicher Kontrolle und werden nach ihren gesundheitlichen, charakterlichen und psychologischen Anlagen gesichtet. Kinder, die in jeder Beziehung als einwandfrei und geeignet befunden werden, kommen in Privat- und Adoptionsstellen. Die schwer erziehbaren Kinder und solche mit körperlichen und geistigen Schäden werden in entsprechenden Heimen untergebracht.“<sup>79</sup> Die Ankunft in der neuen Heimat wurde den Kindern nicht leicht gemacht.

Mitunter waren die Kommentare einfühlsamer. Das Landesjugendamt Potsdam schrieb zu dem Kinderzug: „Die seelischen Eindrücke der durchgemachten Zeit der Elternlosigkeit waren unverkennbar.“<sup>80</sup> Den Unterlagen ist zu entnehmen, daß den Waisenkindern

---

76 Ebd., Bl. 86.

77 Ebd., Bl. 107, 94.

78 Ebd., Bl. 167.

79 Telefonischer Bericht des Lagerleiters nach Berlin am 18.9.1947, hier schriftlich aufgezeichnet. Ebd., Bl. 48. Auch die Sprache der „Schwarzen Pädagogik“ klingt hier an.

80 Ebd., Bl. 100.

die besondere Aufmerksamkeit der „Umsiedlerämter“ galt. In Presse und Rundfunk begannen Suchaktionen nach Verwandten. Nach Schätzung der ZVU hatten 30 Prozent der ostpreußischen Kinder Verwandte in den Westzonen. Es gab Anfragen nach den gesuchten Kindern über die im Westen zuständigen Stellen. Der westliche Suchdienst des DRK stand mit dem Suchdienst der SBZ in Berlin-Ost in Kontakt. Der Weitertransport der ostpreußischen Kinder wurde über beide Suchdienste organisiert. Keinesfalls sollten die Verwandten die Kinder selbst in den Lagern abholen.<sup>81</sup> Vermutlich waren die Kindertransporte damals die letzten offiziell praktizierten interzonalen Kontakte. Denn am 24. Juni 1948, noch vor Beginn der 3. Aussiedlungsaktion, begann die Berlin-Blockade.

Christa Pfeiler-Iwohn<sup>82</sup> war eines der Waisenkinder, das mit dem Kinder-Transport am 28. Oktober 1947 aus Königsberg/Kaliningrad in Pasewalk ankam. Mit elf Jahren war sie nach dem Tod ihrer Mutter mit ihrer jüngeren Pflegeschwester in das Kinderhaus Nr. 5 im Königsberger Stadtbezirk Quednau gekommen. Dort waren 250 bis 300 deutsche Kinder im Schulalter untergebracht. Die kleineren Kinder lebten im Kinderhaus Ponarth.<sup>83</sup> In Königsberg gab es sechs der insgesamt 18 bis 20 deutschen Kinderhäuser, die seit 1946 von der Kaliningrader Zivilverwaltung eingerichtet worden waren. 1947 hatten sie eine Aufnahmekapazität von 2 500 Plätzen.<sup>84</sup> In den zwei Jahren bis 1948, in denen deutsche Kinder aufgenommen wurden, wurde diese Zahl in den eiskalten Wintern oft überschritten. Die Kinderhäuser zeigten viele Mängel, doch die Kinder verhungerten hier nicht, hatten einen Schlafplatz und Kranke wurden ärztlich betreut. Die meisten Kinderhäuser waren mit Schulen verbunden. Außerdem gab es 1946/47 in dem Gebiet weitere 25 Schulen für deutsche Kinder außerhalb der Waisenhäuser. Leiter der Kinderhäuser und Schulen waren demobilisierte sowjetische Offiziere. Außer für Russisch waren die Lehrerinnen und Erzieherinnen Deutsche. Sie mußten pädagogische und ideologische Kurzschulungen absolvieren. Die Schulsprache war Deutsch. Trotz des Russisch-Unterrichts blieben die Sprachbarrieren. Das Unterrichtsangebot beschränkte sich auf Lesen, Schreiben und Rechnen. Kinderhäuser und Schulen waren nach sowjetischem Vorbild organisiert.

Christa Pfeiler-Iwohn erinnert sich an ihr Leben im Kinderhaus (1946/47):

„Das Leben im Kinderhaus verlief einigermaßen geordnet. Es gab zwar zu essen, aber nie so reichlich, um satt zu werden. Im Vergleich zu den Kindern, die keine Aufnahme fanden, ging es uns gut. Wir hatten ein Dach über dem Kopf und ein Bett, auch wenn wir es in den meisten Fällen zu zweit teilen mussten. [...] Größere Kinder mussten beim Putzen, Waschen, Flickern in der Küche und im Garten helfen. [...] Während der langen Sommerferien mussten wir Kinder zum Ernteeinsatz [...] Im August holte uns ein Lastwagen ab und brachte uns und die Frauen, die von der Straße auf den Lastwagen gezwungen wurden, zu einer Kolchose zwischen Insterburg und Gumbinnen. Hier begann für uns eine harte Zeit. Es wurde von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gearbeitet. [...] Mitunter] veranstalteten die Erzieherinnen Tanzabende, die uns viel Spaß

81 Ebd., Bl. 120.

82 Christa Pfeiler-Iwohn: Die Kinderhäuser in Königsberg von 1946 bis 1947, in: Königsberger Bürgerbrief, Sommer 1993, S. 66–68. Frau Pfeiler-Iwohn sammelt seit Jahren Material zu den Kinderhäusern und ist Ansprechpartnerin für ehemalige Kinderhaus-Kinder.

83 Auch Ponarth war ein Vorort von Königsberg. Hier wurden die jüngsten deutschen Kinder Königsbergs untergebracht. Getrennt davon wurden auch Schulen und Kinderhäuser für russische Kinder eingerichtet. Es kamen auch russische Waisenkinder in das Gebiet. Dazu sind nur wenig Informationen vorhanden.

84 Vgl. zu den Kinderhäusern und Schulen: Kibelka: Ostpreußens Schicksalsjahre, S. 206–228. Hieraus die folgenden Zahlenangaben.

bereiteten. Der Satz, wir seien die *Zukunft Rußlands* fiel bei solchen Veranstaltungen des öfteren.<sup>85</sup> – Soweit ersichtlich, war Ziel der Kindererziehung die Umerziehung der deutschen Kinder zu treuen Sowjetbürgern. Eine Aussiedlung war nicht geplant.

Über ihre „Ausreise“ wurden sie wenige Tage vorher informiert. Am 23. Oktober mußten sie ihre Schuluniformen abgeben und ihre eigenen alten Sachen anziehen. Die Kleidung wurde in Eile ausgebessert, neue Schuhe wurden ausgegeben. Am nächsten Morgen erfuhren sie von dem russischen Schulleiter, daß sie noch am selben Tag das Heim verlassen würden. Sie wurden mehrfach gezählt und kontrolliert. „Es wurde uns untersagt, irgend etwas mitzunehmen. Die Kontrolle der Manteltaschen gehörte dazu.“<sup>86</sup> Alle persönlichen Papiere wurden abgenommen. Erst am selben Abend erfuhren sie, wohin sie gebracht werden sollten: „nach Deutschland, nach dem Westen.“ Das war in ihren Vorstellungen das Paradies. Sie hatten gefürchtet, daß es nach Osten, nach Rußland, gehen würde. Frau Pfeiler-Iwohn erinnert sich, daß der Abschied ins Ungewisse auch schmerzlich gewesen sei, vor allem für Kinder, deren jüngere Geschwister in Königsberg zurückbleiben mußten. Diese waren oft in anderen Heimen untergebracht worden und wurden zu unbestimmter Zeit später ausgesiedelt. Die Kinder aus Quednau wurden zu dem bereits überfüllten Königsberger Bahnhof und, wiederum abgezählt, in die wartenden Güterwaggons gebracht, die verschlossen wurden. Die überlangen Züge fuhren am folgenden Tag, am 25. Oktober, ab. Drei Tage später waren sie abends im Quarantänelager Eggesin in Vorpommern. Drei Wochen danach ging es mit 980 Kindern weiter nach Sachsen; hier kamen sie in die Kinderheime Bischofswerda bei Dresden und Kleinwelka nahe Bautzen. Einige Kinder wurden von Verwandten über den Suchdienst gefunden. Die inzwischen zwölfjährige Christa Pfeiler-Iwohn und ihre Schwester waren nicht dabei. Sie wurden einheimischen Familien als Arbeitskraft angeboten und erlebten auch in dem ersehnten „Paradies“ noch schlimme Jahre.<sup>87</sup>

#### 4. Die zweite und dritte „Aussiedlungsaktion“ im Frühjahr und Herbst 1948

Ein neuer Erlaß des sowjetischen Ministerrats verfügte am 15. Februar 1948, daß im Jahr 1948 *alle* Deutschen in Sammeltransporten aus Kaliningrad in die SBZ ausgesiedelt bzw. ausgewiesen werden sollten. Das sollte in zwei Schüben geschehen: Im März/April sollten 25 000 und im September/Okttober 37 300 Personen abtransportiert werden. Tatsächlich waren es dann über 7 000 mehr.

Die Organisation der beiden „Aussiedlungsaktionen“ von 1948 ähnelte der der Herbstaktion von 1947. Insgesamt waren es 34 Transportzüge. Wieder hatte General Serow die oberste Leitung, wieder gingen die Transporte über Küstrin und Frankfurt nach Pawlowsk, wieder überladene Waggons und die geschilderten Mängel.

Anfang Januar 1948 hatte Rudolf Engel, in Erwartung weiterer Transporte, die Mängel bei den vorangegangenen Transporten in zehn Punkten („Feststellungen“) zusammengefaßt und die SMAD gebeten, diese bei den weiteren Transporten zu vermeiden. Er

85 Pfeiler-Iwohn: Die Kinderhäuser in Königsberg, S. 67. Hervorhebung im Original gesperrt.

86 Ebd.

87 Gespräch mit Frau Pfeiler-Iwohn im April 2005 in der Ostsee-Akademie Travemünde. Anfang der 1990er Jahre recherchierte die Tochter von Christa Pfeiler-Iwohn, Heike Pfeiler Breitenmoser, zu dem Thema: „Deutsche Kinder in Königsberg in den Jahren 1945 bis 1948“ für ihre Dissertation. Sie entdeckte im Archiv der Verwaltung für Innere Angelegenheiten in Kaliningrad die Listen der über 100 000 zwangsausgesiedelten Deutschen, darin auch die Namen der Waisenkinder – und den Namen ihrer Mutter.

monierte den überstürzten Abtransport, die Verlausung und Verschmutzung der Waggon, die Wegnahme der Personalpapiere und von Geldbeträgen durch die Kontrolleure. Er kritisierte auch die Forderung von 80 Rubeln für die Marschverpflegung, das Verlangen von Bestechungsgeldern, das Fehlen von Sanitätspapieren, von Getränken und von Aborteimern sowie die Überfüllung, Verlausung und Verplombung der Waggon.<sup>88</sup> Doch es änderte sich nichts, die Mängel blieben.

Änderungen gab es 1948 hingegen in der ZVU-Behörde selbst. Noch vor Abschluß der Aussiedlungsaktionen aus Kaliningrad begann der Anfang vom Ende der ZVU. Ein Zusammenhang kann nur vermutet werden. Personal wurde entlassen oder versetzt. Bereits im April 1948 wurde der engagierte ZVU-Präsident Engel versetzt; er avancierte jetzt zum Vizepräsidenten der Zentralverwaltung für Volksbildung. Nachfolger in dem neuen, enorm verkleinerten „Hauptreferat Umsiedler“ wurde Vizepräsident Artur Vogt. Das Referat verlor seine Eigenständigkeit und wurde dem Innenministerium (MdI) unterstellt. Vogt hatte vor Beginn der neuen Aussiedlungsaktion der SMAD noch einen ZVU-eigenen Organisationsplan für die weiteren Transporte aus Kaliningrad eingereicht; auch dieser blieb ohne Antwort. Die Gleich- und Ausschaltung der gesamten „Umsiedlerpolitik“ schritt voran.

Der erste der im Frühjahr 1948 wieder aufgenommenen Zugtransporte aus Kaliningrad erreichte Pasewalk am 20. März, der letzte vier Wochen später am 19. April. Unter den 25 000 Zuginsassen waren überwiegend Arbeitsfähige. Knapp 17 000 von ihnen wurden in das industriereiche Land Sachsen weitergeleitet. Im Herbst desselben Jahres schloß sich die dritte Aussiedlungsaktion an. Der erste Transportzug dieser letzten Aktion erreichte Pasewalk am 24. August, der letzte nach den Erntearbeiten, neun Wochen später, am 26. Oktober, wiederum mit vielen Arbeitsfähigen.

Eine Übersicht zeigt die Daten aller drei Aussiedlungsaktionen 1947/48:<sup>89</sup>

I. Aussiedlungsaktion vom 28. 10. bis 04. 12. 1947: 30 323 Personen in 14 Transporten (3 567 m, 13 381 w, 9 115 k / 4 260 Wk.)

II. Aussiedlungsaktion vom 20. 03. bis 19. 04. 1948: 26 828 Personen in 13 Transporten (4 769 m, 14 756 w, 6 880 k / 423 Wk)

III. Aussiedlungsaktion vom 24. 08. bis 26. 10. 1948: 42 096 Personen in 21 Transporten (9 152 m, 21 804 w, 10 470 k / 670 Wk)

ein Krankentransport am 8. 11. 48: 138 Personen

(Nach ZVU-Angaben) bis zum 8. 11. 48 insgesamt: 99 285 Personen in 49 Transporten.

Die damals 51-jährige Anna F. schrieb kurz nach ihrer Aussiedlung auf, was sie vor der Abfahrt erlebte: „In der zweiten Hälfte des Monats März 1948 hieß es, es gehen wieder Transporte. Überall ging die Miliz aufschreiben. Wir konnten vor Unruhe und Angst, daß wir wieder nicht dabei sind, nicht mehr schlafen. Kaum waren noch Deutsche auf der Straße zu sehen. [...] Unser Zug hatte ca. 42 Waggon. Alles große Güterwagen 50to. In jedem Waggon waren 40 bis 45 Personen. In der Mitte stand ein eiserner Ofen [...]

<sup>88</sup> BArch DO2 54, Bl. 3. Das Schreiben ist irrtümlich auf den 8. 1. 1947 datiert, richtig: 1948.

<sup>89</sup> Ebd., Bl. 82–84. Die Daten zeigen die Ankunft in Pasewalk. In Kaliningrad fuhren die Züge 3–7 Tage vorher ab. In den Klammern ist die Aufteilung nach Geschlechtern und Kindern vermerkt; „Wk“ bedeutet Waisenkinder.

Für Verpflegung mußten wir selber sorgen. Montagabend verließ der Zug Königsberg.“ Es war ein Zug mit 1 661 Personen, darunter 434 Kinder und Jugendliche bis 18.<sup>90</sup>

Michael Wieck, aus einer ostpreußisch-jüdischen Musikerfamilie stammend, berichtet in seiner biographischen Darstellung ebenfalls über seine Aussiedlung, damals neunzehnjährig, aus Königsberg im September 1948. Wieck hatte als „Geltungsjude“ ab 1933 die Verfolgungen und Demütigungen in der NS-Zeit in Königsberg erlitten.<sup>91</sup> Nach der Eroberung der Stadt war er von den Sowjets als „Nazi“ in das „russische KZ Rothenstein“ (nahe Königsberg)<sup>92</sup> verbracht worden. Wieck, der nach Kriegsende, zusammen mit seinen Eltern und anderen Deutschen, die Gewalt- und Hungerjahre im untergehenden Königsberg überlebte, beschreibt seine ersehnte Ausreise so:

„Endlich, endlich beginnen die ersten Ausreisetransporte für deutsche Zivilisten. Damit vermehrt sich bei allen noch am Leben gebliebenen die Hoffnung. Man muss Anträge stellen, und wie bei einem Lotteriespiel bekommt irgendwann jemand den Ausreise-„Propusk“, das russische Visum.“<sup>93</sup> Die Wiecks haben kein Glück und warten, bis sie schließlich den zuständigen russischen Beamten bestechen und endlich Ausreisepapiere erhalten. „Ich fühlte mich wie in einem Rauschzustand und wollte nicht glauben, dass endlich das Ende der nunmehr fünfzehn Jahre ständig eskalierenden Unfreiheit, Verfolgung, Diskriminierung, Not und Lebensgefährdung gekommen sein sollte. [...] Auch Vater und Mutter wandelten wie auf Wolken.“ Sie mußten sich am Abfahrtstag an einer Sammelstelle einfinden.<sup>94</sup> „Die Güterwagen waren, wie man sie von den Gefangenen-transporten her kannte. Stehen konnte man nur in der Mitte, da beide Seitenteile des Waggons auf halber Höhe abgeteilt waren, so dass die doppelte Anzahl Menschen Platz zum Liegen hatte. [...] Nachdem die gründlichen Kontrollen vorüber waren, wurden die Waggons nacheinander völlig wahllos mit Männern und Frauen gefüllt. Die älteren legten sich auf den unteren Boden. Während wir Jüngeren auf die obere Etage kletterten. [...] Auch am Tage war es ziemlich dunkel, denn die schweren Waggontüren wurden von außen verriegelt. [...] Wir standen mehr als daß wir fuhren. Manchmal [...] stundenlang.“ Sie kamen in der SBZ auf „noch deutsch gebliebenem Boden“ an, erste Begrüßung „waren eine gründliche Entlausung und eine noch gründlichere DDT-Bepuderung der aus den Entlausungsöfen zurückkommenden Kleider“.

In den Transporten waren auch Facharbeiter, an denen die Behörden in der SBZ besonders interessiert waren. Die Königsbergerin Hella Blasey war 1945, nach der gescheiterten Flucht, mit Mutter und Kind nach Königsberg zurückgekehrt. Die gelernte Bernsteinseilerin mußte, zusammen mit anderen deutschen Bernsteinfachleuten, von Juli 1945 bis zu ihrer Aussiedlung 1948 als „Spezialistin“ in der Bernsteinfabrik Palmnicken/Jantarni arbeiten. Hier wurden die noch aus deutscher Zeit vorhandenen riesigen Bestände an Bernstein verarbeitet. Zuletzt hatte sie russische Frauen (Strafgefangene) anlernen müssen. Von ihrer kargen Lebensmittelration mußten Mutter und Kind mit ernährt werden. Beide verhungerten, als sie selbst, unterernährt, krank wurde und die Nahrungszuteilung verlor. „Das Kind und bald auch die Mutter starben vor Hunger.“ Sie selbst überlebte

90 Mathes: Späte Opfer, S. 844 f. Hier auch nähere Hinweise zu diesem Zug und zu dem längeren Dokument aus dem Jahr 1952. Die aus russischen Quellen ergänzten Zahlen stimmen mit den ZVU-Angaben nicht überein.

91 Wieck: Zeugnis vom Untergang Königbergs, S. 59–184, 240–242.

92 Wieck bezeichnet Rothenstein als „KZ“ und beschreibt die brutalen Behandlungsmethoden, die er dort erlebte. Ebd., S. 240 ff.

93 Ebd., S. 335–340.

94 Ebd., S. 333. Wieck verbindet die Eindrücke in der Sammelstellen mit seinen traumatischen NS-Erfahrungen.

durch Hilfen von anderen. Nach der sowjetischen Währungsreform 1947 ging es ihr besser, der Rubel war danach mehr wert. Die „Spezialisten“ wurden relativ gut bezahlt und waren den russischen Kollegen gleichgestellt. Im September 1948 kam sie mit den letzten 20 deutschen Spezialisten aus der Fabrik in einen Transport, gegen den Willen der Fabrikleitung. Sie schreibt, es sei ihnen „der halbe Himmel“ versprochen worden, wenn sie freiwillig blieben.<sup>95</sup> Erst ab 1951 wurden die weiterhin zurückgehaltenen deutschen Facharbeiter entlassen, die letzten erst nach dem Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau 1955.<sup>96</sup>

Nach Eintreffen des letzten Zuges am 26. Oktober 1948 (Abfahrt in Kaliningrad am 21. Oktober) war die offizielle (Zwangs-) Ausweisung aus Kaliningrad zunächst beendet – rechtzeitig vor den Feiern zum 31. Jahr der Russischen Revolution. Im Verlauf eines Jahres waren fast alle Deutschen aus Kaliningrad abtransportiert worden.

In der Folgezeit kamen noch einige zumeist kleinere Transporte, z. B. ein Krankentransport mit 138 Personen. Nach der Schließung von Pasewalk wurden die nachkommenden Personen in Lagern in Forst und Frankfurt/Oder aufgenommen und von dort direkt auf die SBZ-Länder verteilt. Sie wurden kaum noch registriert; inzwischen war die ZVU aufgelöst.<sup>97</sup>

Am 10. Januar 1951 beschloß der Ministerrat in Moskau, einen letzten Transport mit „Kaliningrader Deutschen“ zu organisieren. Er wurde Ende März vom Ministerrat der Litauischen SSR bestätigt, der auch die Verantwortung dafür zu übernehmen hatte. Diese Deutschen hatten sich noch in den baltischen Gebieten bzw. den nördlichen Sowjetrepubliken befunden. Der Transport von schließlich 3 353 Personen war zusammengewürfelt aus Rückkehrern aus den baltischen Gebieten, Jugendlichen, die den Aufrufen gefolgt oder von der litauischen Miliz aufgespürt worden waren; auch 189 Facharbeiter aus Kaliningrad waren dabei.<sup>98</sup> Die DDR-Führung hatte zuvor in Moskau gebeten, diesen Transport etwas zu verschieben, um genug Zeit für die Vorbereitung des offiziellen Empfangs zu haben.<sup>99</sup> Die Gesamtzahl der Deutschen, die aus dem sowjetisierten nördlichen Ostpreußen, inkl. nördliche Nachbarländer, bis zu Beginn der 1950er Jahre in die SBZ/DDR transportiert wurden, betrug laut DDR-Statistik 104 575 Personen; die letzten Statistiken sind allerdings lückenhaft.

Auch nach 1951 verblieb eine unbekannte Zahl deutscher Facharbeiter, Internierter und untergetauchter ostpreußischer Kinder zurück. Es hat ab 1945 auch Arbeitslager für deutsche Jugendliche und Kinder im Königsberger Gebiet gegeben, über die wenig bekannt ist. Die meisten Insassen des Jugendarbeitslagers Tapiau/Gwardelsk, wurden nach Auflösung des Lagers in das Lager Preußisch-Eylau überführt. Ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt.<sup>100</sup>

Die „Wolfskinder“ hatte der Hunger zu Tausenden in das nördliche Litauen getrieben, teils bis nach Lettland, Estland und Weißrußland. In den Sowjetrepubliken war der Auf-

95 Ostdokumentation Bd. I/2, S. 143–145.

96 Brodersen: Die Stadt im Westen, S. 83 ff.

97 Auch das Archivmaterial wird spärlicher. Artur Vogt mußte der SMAD nur noch knappe Tätigkeitsberichte übergeben. Zuvor hatten alle Abteilungen der ZVU Monats- oder Wochenberichte) an die SMAD schicken müssen.

98 Kibelka: Wolfskinder, S. 135–143. Hier die Zahlenangaben und Details zu diesem Transport.

99 Brodersen: Die Stadt im Westen, S. 83. Der Zusammenhang ist unklar, war doch das Umsiedler-Thema bereits tabuisiert.

100 Heike Pfeiler-Breitenmoser: Tapiau/Gwardelsk, ein Jugendlager im Gebiet Königsberg/Kaliningrad 1946, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte. München 8/2000, S. 65–78.

enthalt von Deutschen verboten. So versuchten sie versteckt und mit neuer Identität zu überleben. Aus unterschiedlichen Gründen verpaßte oder vermied eine unbekannte Zahl von ihnen auch den letzten offiziellen Transport von 1951. Entweder hatten sie auf dem Land oder in entfernteren Gebieten nicht oder zu spät davon erfahren, waren von litauischen und lettischen Bauern versteckt oder auch adoptiert worden, oder sie versteckten sich aus Angst, sie würden nach Sibirien verschleppt, wie damals viele Litauer. Einige hatten inzwischen geheiratet. Eine unbekannte Anzahl von ostpreußischen Wolfskindern blieb unter neuer Identität bei „ihren“ litauischen oder lettischen Familien.

Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begannen intensivere Nachforschungen der ehemaligen ostpreußischen Wolfskinder nach Verwandten. In den 1990er Jahren entschlossen sich einige der früheren Wolfskinder, teils mit ihren litauischen Ehemännern, in das heutige Deutschland zu kommen.<sup>101</sup>

## 5. Fazit

Zwei Jahre lang hatte die Moskauer Führung das annektierte Königsberger Gebiet vernachlässigt und die eingeschlossenen Deutschen in Kaliningrad „vergessen“.<sup>102</sup> Dann wurden nach ersten Einzelgenehmigungen im Herbst 1947 30 000 „gesellschaftlich unnütze“ Arbeitsunfähige in die SBZ ausgewiesen. Nur wenige Monate später erfolgte die überraschende Entscheidung, daß nun in kurzer Zeit alle Deutschen das Gebiet verlassen mußten. Sogar 5 000 der von den Sowjets gesondert angeforderten Facharbeiter wurden der SBZ angekündigt.<sup>103</sup>

Letztlich ging es bei der späten und dann unerwarteten Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Kaliningrad um Verschiedenes:

- um eine Konfliktregelung in der stalinistischen Führung zwischen der Provinz Kaliningrad und der Zentrale in Moskau,
- um die Abschiebung der von der Funktionärsschicht beargwöhnten und als „unsicher“ denunzierten deutschen Bevölkerungsgruppe,
- um einen Transfer der begehrten Arbeitskräfte in die SBZ, um die SED und den geplanten deutschen Satellitenstaat zu stärken.
- Last but not least ging es auch um Arbeitskräfte für den Uranabbau im Erzgebirge und um das sowjetische Atomprojekt.

Die betroffenen, noch über 100 000 Deutschen im Königsberger Gebiet waren Beutegut, Zwangsarbeiter und Verschiebemasse. Kurz nachdem sie in der „kalten“ neuen Heimat angekommen waren, begann die Tabuisierung des Themas „Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft“ in der stalinisierten SBZ/DDR.

---

101 Zum Thema „Wolfskinder“ und „Kinderhäuser“ vgl. besonders die Veröffentlichungen inklusive Interviews von Ruth Kibelka. Inzwischen gibt es schriftliche Erinnerungen und Filme zu dem Thema.

102 Dazu zwei resultierende Aussagen von Brodersen: „Nach der Besitznahme sank das Interesse Moskaus rapide.“ „Moskau hatte die Deutschen Kaliningrads vergessen.“ Brodersen: Die Stadt im Westen, S. 72, 76.

103 BArch DO2 54, Bl. 40. Wie erst später bekannt wurde, verblieb in Kaliningrad und in anderen Teilen der UdSSR eine größere Zahl deutscher Spezialisten. Vgl. ebd., S. 84 ff.